

Arbeitszeitverlängerung für Arbeitslose

von

Heiner Flassbeck

Wirtschaft und Markt, Oktober 2003

Stoiber fordert mehr Stunden, Clement will mehr Jahre, Merkel will West wie Ost. Alle sind vereint in der Überzeugung, nur Mehrarbeit könne Deutschland aus der Krise führen. Nach Jahrzehnten des gewerkschaftlichen Kampfes für Arbeitszeitverkürzung und kürzere Lebensarbeitszeiten schlägt das Pendel zurück. Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt. Der "CSU-Wirtschaftsexperte" Johannes Singhammer kommentierte den Konsens unserer Politiker kürzlich mit den Worten: "Lieber eine Stunde mehr Arbeit als gar keinen Arbeitsplatz".

Den Vogel abgeschossen hat aber der Theologe und Moderator Peter Hahne, der in einem Leitartikel der WELT einerseits feststellt, einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit das Wort zu reden, sei "aus ökonomischer Sicht ungefähr genauso sinnvoll wie eine kollektive Arbeitszeitverkürzung zu fordern", andererseits aber im nächsten Satz bemerkt, "dass Mehrarbeit in der gegenwärtigen Konjunkturlaute wenig oder nichts bringt, weil sich für die mehr produzierten Produkte wegen der Nachfrageschwäche im Inland kaum Abnehmer finden".

Merken Sie 'was? Ökonomie ist in diesen Tagen vollkommen beliebig geworden. Man kann behaupten, was man will, man kann sich widersprechen, man kann Leersätze als große Weisheiten verkünden und man kann nach Herzenslust den gesunden Menschenverstand maltrahieren. Es ist wie beim Freistilringen, jeder Griff ist erlaubt, wenn er nur dazu dient, dem großen Ziel näherzukommen, nämlich alles zu demontieren, was in der Republik einst gut und wichtig war.

Wenn ein Theologe in einem Leitartikel einer großen Zeitung behaupten würde, um eine Rakete von der Erde weg zu schießen, brauche man "ungefähr genauso" viel Kraft, wie eine Rakete vom Weltraum zur Erde zurück zu steuern, dann würden am nächsten Tag Heerscharen von Physikern auf die Barrikaden gehen und die Zeitung auffordern, diesen Menschen nie mehr über solche Fragen schreiben zu lassen. In der Ökonomie ist das anders. Arbeitszeitverlängerung als sinnvolle Alternative zur Arbeitszeitverkürzung gilt nicht als Absurdität, sondern als ernsthafte Politikvariante, und wir werden es erleben, daß sie umgesetzt wird.

Von Juni 2002 bis Juni 2003 haben in Deutschland per Saldo etwa 700 000 Menschen einen regulären, der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Job verloren, sind arbeitslos geworden oder müssen sich jetzt mit Mini-Jobs durchschlagen. Diese Menschen wurden offenbar gezwungen, ihre Arbeitszeit zu verkürzen. Im Extremfall von 38,5 auf Null Stunden. Das heißt, die Wirtschaft hat auf ihre konjunkturellen und sonstigen Probleme insgesamt mit einer drastischen Verkürzung der gearbeiteten Stundenzahl reagiert - und nicht mit einer Verlängerung!

Wenn man diesen Prozeß umkehren will, muß man die wirtschaftlichen Probleme beseitigen, die die Unternehmen veranlaßt haben, die Arbeitszeit so vieler Menschen zu verkürzen. Das ist Ursachentherapie und die angemessene Vorgehensweise in allen Wissenschaften. Eine gewisse Logik hat es auch, für allgemeine Arbeitszeitverkürzung in einer solchen Situation einzutreten. Das ist zwar nur Kurieren am Symptom, aber man kann immerhin sagen, daß es besser sei, alle Arbeitnehmer arbeiteten etwas weniger, als daß wenige überhaupt nicht arbeiten können.

Doch was wollen die Arbeitszeitverlängerer? Wollen sie den Unternehmen sagen, sie hätten einen Fehler gemacht und mehr Leute einstellen sollen, statt Leute zu entlassen? Oder sind die Menschen alle nur arbeitslos geworden, weil sie - urplötzlich - freiwillig nicht mehr arbeiten wollten? Muß man sie also per staatlichem Zwang verpflichten, das Bruttosozialprodukt zu mehren. Oder werden die Menschen einfach nur für dumm verkauft? Stellen Sie sich vor, Sie gehen mit einer schweren Krankheit zum Arzt. Der aber hat nichts zu bieten, als die Aussage, weil Sie jetzt krank sind, müssen Sie schnell wieder gesund werden. Da verlassen Sie mit Sicherheit fluchtartig die Praxis und melden den Inhaber der kassenärztlichen Vereinigung zwecks Überprüfung seines Geisteszustandes.

Moderne Ökonomie ficht das nicht an. Wer prinzipiell gegen das ist, was die altmodischen Gewerkschaften in der Vergangenheit vertreten haben, liegt schon richtig. Er muß auch nicht befürchten, von den Vertretern des Faches kritisiert zu werden, wenn er die Logik systematisch auf den Kopf stellt. Was ist schon Logik gegen die große Aufgabe, dem Wohlfahrtsstaat ein für allemal den Garaus zu machen.

Geradezu tollkühne Geistesakrobatik ist da schon der Gedanke, die Arbeitszeitverlängerung solle eigentlich dazu dienen, die Löhne zu senken, ohne daß es einer merkt. Nach dem Motto: Wenn man das gleiche Geld pro Monat bekommt, hat man ja eigentlich keine Einbuße trotz drei Stunden Mehrarbeit. Wenn das kein Programm für die Zukunft ist. Schon seit zwanzig Jahren bleiben in Deutschland die Realloohnerhöhungen deutlich hinter dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität zurück und alle Arbeitszeitverkürzungen wurden mit einem zusätzlichen Verzicht auf sonst mögliche Lohnerhöhungen bezahlt.

Das heißt, der erarbeitete Produktivitätsfortschritt wurde durchgängig zu einem größeren Teil den Unternehmen überlassen in der Hoffnung, daß dadurch Arbeitsplätze entstehen. Diese massive Umverteilung hat zwar nichts gebracht, wie man an der hohen und steigenden Arbeitslosigkeit ablesen kann, aber sie wird jetzt unter dem Deckmantel der Arbeitszeitverlängerung erst richtig forciert. Der Verzicht auf Einkommen in der Vergangenheit darf scheinbar ignoriert werden, weil ja jetzt die neuen Zeiten da sind, wo alles erst richtig schlimm werden muß, bevor es besser wird. Daß dabei sogar der älteste Hut "Löhne im Vergleich zum Ausland" ungestraft wieder angezogen werden darf, zeigt nur, auf welchem Niveau die Debatte inzwischen angekommen ist.

Die Debatte um Arbeitszeitverlängerung ist symptomatisch. Statt darüber zu diskutieren, wie die Unternehmen dazu bewogen werden können, die Arbeitszeit der Arbeitslosen zu verlängern, wird allen Ernstes diskutiert, die Arbeitszeit der noch Beschäftigten zu verlängern, obwohl das nach Lage der Dinge die Arbeitslosigkeit erhöhen muß.